

Kriege und Krisen im Zeitalter des Ost-West-Konflikts

Zu Fragen und Arbeitsaufträge 1, S. 95

Gruppenarbeit: Informiert euch über die gegenwärtige politische Situation im Gebiet des Koreakrieges oder der Suezkrise. Vergleicht und beurteilt sie hinsichtlich ihrer Stabilität oder ihres Gefahrenpotenzials.

(Wissenserwerb/Wissensorganisation, Politische Urteilskompetenz)

Koreanische Halbinsel

Die koreanische Halbinsel ist bis heute (Stand: November 2019) in die **Demokratische Volksrepublik Korea im Norden** und in die **Republik Korea im Süden** geteilt. Die Grenzlinie verläuft am 38. Breitengrad. Eine Wiedervereinigung scheint derzeit unwahrscheinlich.

Nordkorea

Nordkorea hat sich seit Ende der 1960er Jahre fast völlig von den übrigen Nationen abgeschottet. Denn unter Präsident/Diktator „Großer Führer“ Kim Il-sung (Regierungszeit: 1948–1994) wurde die Chuch'e-Ideologie propagiert, die auf politische Souveränität, wirtschaftliche Selbstversorgung sowie militärische Eigenständigkeit setzt. (Korea war lange unter japanischer Herrschaft und von diesem wirtschaftlich abhängig gewesen.) Chuch'e bezeichnet Korea als den Mittelpunkt der Welt und sich selbst als eine ewig gültige Weiterentwicklung des zeitlich begrenzten Marxismus-Leninismus, obwohl sie sich in wesentlichen Punkten davon unterscheidet. Denn sie betont den nationalen Aspekt dieser gesellschaftlichen Revolution sehr stark, die Interessen der Nation sind stärker zu achten als die der internationalen kommunistischen Bewegung. Im Gegensatz zu den anderen kommunistischen Ideologien bezieht sie auch die Intellektuellen in ihr weltanschauliches Programm mit ein: Die Symbole der Arbeiterpartei Koreas sind demnach Hammer (= Arbeiterklasse), Sichel (= Bauern) und Pinsel (= Intellektuelle). Um den Präsidenten und seine Familie entstand ein starker Personenkult: Kim Il-sung wurde als der „Ewige Präsident“ bezeichnet. 1991 trat Nordkorea den Vereinten Nationen bei. 1994 folgte Kim Jong-il (1941–2011) seinem Vater im Amt nach, da der Posten des Präsidenten „auf ewig“ besetzt ist, wurde er „Geliebter/Großer Führer“ genannt. Er führte alle Staatsgeschäfte im Stil seines Vaters weiter, da er durch die Auflösung der UdSSR und des Ostblocks davon überzeugt war, jede Änderung würde zum Zusammenbruch des Systems führen. Das Ende der Sowjetunion brachte große wirtschaftliche Probleme für Nordkorea, da man von dort günstig Erdöl erhalten hatte, das für die landwirtschaftlichen Maschinen dringend benötigt wurde. Man musste wieder vermehrt auf menschliche Arbeitskraft setzen, was zu Ernterückgängen und einer großen Hungersnot führte, der 10% der Bevölkerung zum Opfer gefallen sein sollen. Bis heute gibt es in Nordkorea ein großes Problem mit Unterernährung. Südkorea machte Hilfslieferungen (Reis) von der Beendigung der Plutoniumproduktion im Atomforschungszentrum Nyöngbyön abhängig. Dieses befindet sich 100 km nördlich von Pjöngjang und wurde in den 1960er Jahren mit sowjetischer Hilfe erbaut.

In „Sechs-Parteien-Gesprächen“ (Nordkorea, Japan, Russland, Südkorea, USA, VR China) versucht man den Konflikt um das nordkoreanische Atomprogramm friedlich beizulegen. Das verläuft bis heute nicht konfliktfrei, immer wieder verweigert ein

Verhandlungspartner seine Teilnahme. Den Vorwurf, ein Kernwaffenprogramm zu haben, bestätigte Nordkorea 2005 und beendete vorübergehend seine Teilnahme an den Gesprächen: Alle Nachbarstaaten sind durch nordkoreanische Raketenträgersysteme erreichbar.

Für die Stilllegung aller seiner Reaktoren und die Beendigung seines Kernwaffenprogramms forderte Kim 2007 Schweröllieferungen, im Gegenzug durften Inspektoren der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) vor Ort Kontrollen durchführen. Diese bestätigten die Abschaltung des Reaktors, im folgenden Jahr ließ Nordkorea als Beweis für die Beendigung seines Atomprogramms den Kühlturm sprengen. Doch im gleichen Jahr stoppte man den Abbau des Reaktors und erklärte, eine Wiederinbetriebnahme (= Kernwaffenprogramm?) vorzubereiten, weil die USA Nordkorea noch immer nicht von seiner Liste der „Schurkenstaaten“ gestrichen habe. Der Begriff „Rogue States“ stammt aus der Zeit George W. Bushs und bezeichnet meist diktatorisch geführte Staaten, die außenpolitische Aggression zeigen, ihre Region destabilisieren und für die internationale Staatengemeinschaft beratungsresistent sind: Iran, Nordkorea, Sudan und Syrien (Stand: November 2019). Nordkorea wurde von der Liste gestrichen und die Anlage wieder abgeschaltet. 2010 nahm man die Anlage jedoch nach US-Informationen wieder in Betrieb: Angeblich wird dort nicht nur Plutonium aufbereitet, sondern auch Uran angereichert. Zusätzlich wird offenbar auch ein Leichtwasserreaktor (→ Wasser mit leichten Wasserstoffisotopen; dient als Kühlmittel und zur Abbremsung der freien Neutronen) gebaut.

Seit dem 17. Dezember 2011 regiert der jüngste Sohn Kim Jong-ils in Nordkorea, Kim Jong-un. 2013 kam es zur Nordkorea-Krise: Ein unterirdischer Atomwaffentest und Satellitenbilder ließen vermuten, dass Nordkorea sein Atomwaffenprogramm wieder aufgenommen hatte. Dies wurde 2014 von der IAEO und im folgenden Jahr von Pjöngjang bestätigt.

Immer wieder scheint es auch zu Machtkämpfen innerhalb der Familie Kim zu kommen: Ein Onkel des Staatschefs wurde wegen Hochverrats und anderer Delikte hingerichtet, ein Halbbruder in einer spektakulären Aktion auf dem Flughafen von Kuala Lumpur vergiftet.

Nordkorea ist nach wie vor isoliert und braucht internationale Hilfslieferungen.

Südkorea

Industrie und Infrastruktur in Südkorea waren nach dem Koreakrieg stark zerstört, über Bodenschätze verfügt das Land nicht. Syngman Rhee, der erste Präsident, versagte beim Wirtschaftsaufbau, versuchte aber eine Diktatur zu errichten (Wahlfälschungen, Verfolgung von Oppositionellen, beliebig viele Amtszeiten, Korruption). Landesweite Studierendenproteste griffen auf die Gesamtbevölkerung über, Rhee ging 1960 ins Exil.

Sein Nachfolger Chang Myon hatte weit weniger Macht, da eine Verfassungsänderung aus dem präsidentiellen ein parlamentarisches Regierungssystem machte. Das stärkte die Rolle des Ministerpräsidenten. Doch die wirtschaftlichen Probleme konnten nach wie vor nicht gelöst werden.

Nach einem Militärputsch 1961 regierte für zwei Jahre General Park Chung-hee mit einer Militärregierung, bis es zwei Jahre später auf Druck der USA (Präsident Kennedy) und der eigenen Bevölkerung zu Wahlen kam. General Park Chung-hee ging bei dieser und bei der nächsten Wahl 1967 als Sieger hervor. Um eine dritte Amtszeit zu bekommen, setzte er 1969 eine Verfassungsänderung durch. Zwei Jahre später schaffte er demokratische Grundrechte ab und erhöhte die eigenen Machtbefugnisse. Nach den nächsten Wahlen, die er auf diese Weise gewann, konnte er sich nur noch mit der Verhängung des Kriegsrechts, staatlicher Zensur der Medien und dem allgemeinen Verbot, ihn oder seine Politik zu kritisieren, an der Macht halten. Schließlich kontrollierte er auch das Parlament. Wirtschaftlich aber machte das Land unter Parks Regierung große Fortschritte: Fünfjahrespläne schufen die Voraussetzung für den Aufbau von Großindustrie. Aus dem Agrarstaat wurde eine exportorientierte Industrienation, in der sich Lebensstandard und Bildung verbesserten. Gute Beziehungen zu der internationalen Staatengemeinschaft wurden aufgebaut (auch zu Japan). 1979 fiel Park einem Schussattentat seines Geheimdienstchefs zum Opfer.

Wahlen machten den ehemaligen Premierminister zum Staatsoberhaupt, doch sechs Tage später kam es erneut zu einem Militärputsch. Bürgerproteste, die eine Demokratie forderten, wurden aus Angst vor einer Invasion Nordkoreas in das innenpolitisch instabile Land brutal niedergeschlagen. Doch die innenpolitische Lage stabilisierte sich, das Kriegsrecht und nächtliche Ausgangssperren wurden 1981 bzw. 1982 aufgehoben und die Zensur gelockert. Der Lebensstandard stieg. Studierendenproteste, die Demokratie forderten, und Streiks wurden jedoch unterdrückt. 1987 kam es durch den Juni-Kampf zu einem Machtwechsel: Die Verfassung wurde nach demokratischen Prinzipien geändert: Grund- und Menschenrechte wurden darin verankert, die Amtsperiode der Präsidenten auf fünf Jahre verkürzt. Das Volk wählte den ehemaligen General Roh Tae-woo 1987 zum neuen Präsidenten.

1988 fanden in der Hauptstadt Seoul die Olympischen Sommerspiele statt. Das Land konsolidierte sich innenpolitisch (Sozialreformen) und außenpolitisch (Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Staaten des ehemaligen Ostblocks, der VR China, Beitritt zu den Vereinten Nationen). Ein Nichtangriffspakt mit Nordkorea wurde ratifiziert.

1992 gewann ein konservatives Wahlbündnis unter Kim Youngsam, der erstmals nicht aus dem Militär kam, die Präsidentschaftswahlen. Er widmete sich besonders dem Kampf gegen Korruption.

1997 gewann der ehemalige Gegner General Park Chung-hees, Kim Dae-jung, die Präsidentschaftswahl. Er bemühte sich mit seiner „Sonnenscheinpolitik“, für die er 2000 den Friedensnobelpreis erhielt, um Aussöhnung mit Nordkorea. Die beiden Eisenbahnrouten über den 38. Breitengrad wurden zwar wiederhergestellt, aber bis November 2019 noch nicht wieder in Betrieb genommen. Die nordkoreanische Industrieregion Kaesŏng, ein Sonderwirtschaftsraum an der Grenze zu Südkorea, bot nordkoreanischen Arbeitskräften bis zu ihrer Schließung 2016 guten Verdienst. Dort produzierten klein- und mittelständische Betriebe Waren für beide Staaten der koreanischen Halbinsel und die VR China zu wettbewerbsfähigen Preisen. Im Juni 2000 trafen sich zum ersten Mal Kim Dae-jung und der nordkoreanische Führer Kim Jong-il in Pjöngjang.

Die Fußballweltmeisterschaft 2002, die Südkorea und Japan gemeinsam ausrichteten, war historisch bemerkenswert, weil hier ein ehemaliger Kolonialstaat und das kolonialisierte Land gemeinsam als Gastgeber auftraten.

Im Dezember dieses Jahres wurde Roh Moo-hyun zum neuen Präsidenten gewählt, der die Nordkoreapolitik Kim Dae-jungs weiterführen wollte. Aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen Nordkorea und den USA unter Präsident George W. Bush war das schwierig. Nordkorea kündigte an, zukünftig wieder Atomwaffen zu produzieren. Roh Moo-hyun geriet innenpolitisch in Schwierigkeiten, doch wurde einer Anklage wegen Verletzung der Neutralitätspflicht letztlich nicht stattgegeben. Viele Bildungs- und Steuerreformen konnten umgesetzt werden.

Lee Myung-bak wurde 2007 Präsident, unter ihm geriet die Annäherung an Nordkorea ins Stocken, was letztlich zur Nordkorea-Krise 2013 führte.

Seine Nachfolgerin Park Geun-hye, die Tochter Park Chung-hees, verstärkte ab 2012 die Bemühungen um Sozialreformen und gute Beziehungen zu Nordkorea. Doch die Demokratische Volksrepublik führte weitere Kernwaffentests durch und belastete damit die Beziehungen zum Nachbarland. 2017 musste die Präsidentin wegen Verstrickungen in einen Korruptionsskandal nach landesweiten Demonstrationen gegen sie zurücktreten und kam in Haft. Sie wurde in mehreren Gerichtsverfahren zu 32 Jahren Freiheitsentzug und Strafzahlungen in (Euro-)Millionenhöhe verurteilt.

2017 wurde Moon Jae-in zum Präsidenten gewählt, der sich um gute Beziehungen zu Nordkorea bemühte und im Zuge eines Treffens zwischen US-Präsident Donald Trump und Kim Jong-un auch innerkoreanische Gipfeltreffen organisierte. Innenpolitisch bemüht er sich um eine Erhöhung der Mindestlöhne und um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Linktipp: Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit aktualisiert regelmäßig eine Timeline der Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel seit 2017: <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/konfliktkomplex-nordkorea/> (20.11.2019).